

Handelsabkommen

IG Metall fordert: Ceta muss nachgebessert werden

Internationaler Handel muss nach demokratischen Regeln fair und sozial gestaltet sein. Ceta und TTIP werden diesen Erwartungen nicht gerecht, kritisiert die IG Metall. Sie fordert, Ceta nachzubessern und die TTIP-Verhandlungen neu zu starten.

Am 27. Oktober wollen Europäer und Kanadier das Abkommen Ceta unterzeichnen. Es soll Handels- und Zollbarrieren beseitigen. Ein Teil soll bereits in der ersten Hälfte 2017 vorläufig angewendet werden.

Unter der Losung »STOP CETA TTIP« gab es am 17. September in sieben Großstädten Demonstrationen. Ceta ist – wie das geplante Abkommen mit den USA, TTIP – immer noch sehr umstritten.

Druck durch Gewerkschaften und andere zivilgesellschaftliche Gruppen sorgte bei Ceta schon für Verbesserungen. Ein Erfolg: Auch die nationalen Parlamente müssen zustimmen. Kanada hat sich zudem verpflichtet, die noch ausstehenden ILO-Kernarbeitsnormen zu unterzeichnen: das Verbot von Kinderarbeit und das Recht auf kollektive Tarifverhandlungen. Auch beim Investitionsschutz wurde etwas erreicht: Wenn Firmen auf Schadensersatz klagen, weil sie Investitionen durch neue nationale Gesetze gefährdet sehen, entscheiden nicht private Gerichte, sondern ein unabhängiger Gerichtshof. Eine Berufungsinstanz kann Verfahren überprüfen und Schiedssprüche ändern.

Für die IG Metall reicht das aber nicht aus. Für sie ist Ceta nur akzeptabel, wenn es deutlich nachgebessert wird. Die IG Metall fordert:

die Gerichtsbarkeit beim Investorenschutz erneut zu überprüfen, vor allem die Beachtung von nationalem Arbeits- und Sozialrecht durch internationale Gerichte zu klären,

die öffentliche Daseinsvorsorge, also die Versorgung der Bevölkerung mit wesentlichen Gütern und Dienstleistungen, vom Investorenschutz auszunehmen,

Tariftreueregelungen bei öffentlichen Ausschreibungen für zulässig zu erklären und

die Durchsetzbarkeit von Arbeitnehmerrechten zu sichern und Sanktionen zu ermöglichen, wenn sie nicht eingehalten werden.

Bei TTIP setzt sich die IG Metall nach den bisher 14 erfolglosen Verhandlungsrunden für einen neuen Anlauf nach der Präsidentschaftswahl in den USA ein.